



## Es wird ernst!

*Seit Januar ist der Umweltschutz in China politisches Staatsziel für alle Regierungsebenen. Besonders lokale Umweltbehörden und NGOs bekamen die langersehnten Mittel an die Hand, die verheerende Umweltverschmutzung zu bekämpfen. Doch sind auch Industrieunternehmen bereit, die zusätzlichen Kosten auf sich zu nehmen?*

VON DOROTHEA SLEVOGT :: Ende des Jahres läuft Chinas zwölfter Fünfjahresplan aus. Erstmals hatte er politisch verbindliche Ziele zum Umweltschutz festgelegt, jedoch mit wenig Durchschlagskraft. Wirtschaftswachstum um jeden Preis war bisher die Prämisse – für Umweltschutz war wenig Platz.

2013 erklärte der chinesische Premierminister Li Kejiang der Umweltverschmutzung öffentlich den Krieg. Der chinesische Staatsrat beschloss gleichzeitig den Atmospheric Pollution Prevention Action Plan mit konkreten Maßnahmen gegen Chinas größte Umweltverschmutzer aus der Zement-, Petro-, Chemie-, Stahl-, Papier- und Kohlekraft-Industrie. 15.000 Fabriken aus diesen Industrien müssen seitdem regelmäßig Daten über ihre Emissionen veröffentlichen. 4.000 davon sogar über ein elektronisches Echtzeit-Monitoring, was jederzeit auf den Internetseiten der lokalen Umweltbehörden öffentlich abrufbar ist. Eine dreimonatige Inspektionskampagne folgte, bei der 25.000 Industrieunternehmen überprüft und teils abgemahnt, bestraft oder geschlossen wurden.

Was fehlte, war jedoch eine ausreichende Bemächtigung umweltschutzbeauftragter Institutionen. Überdies bestand ein Zielkonflikt zu angestrebten Wachstums- und Entwicklungsvorgaben der Kommission für Entwicklung und Reform

(NDRC). Daher mussten die Provinz- und Lokalregierungen den Vorgaben des Umweltministeriums keine Priorität einräumen. Lokalpolitiker wurden anhand ihrer wirtschaftlichen Erfolge bewertet und befördert und nicht danach, wie viele Unternehmen in ihrem Bezirk ihre Emissionen reduziert hatten. Das soll sich nun alles ändern.

Seit Januar stehen chinesische Lokalbehörden und Industrieunternehmen per Gesetz unter erhöhtem Druck, den umweltrelevanten Vorgaben aus dem Fünfjahresplan und anderen Maßnahmen wie dem Atmospheric Pollution Prevention Action Plan Folge zu leisten. Umweltschutz wurde mit dem neuen Gesetz zu einem grundsätzlichen politischen Staatsziel für alle Regierungsebenen erklärt. Damit macht die chinesische Zentralregierung offiziell und medienwirksam Ernst mit neuen strengeren Umweltschutzregularien für Chinas Großindustrie.

### Lokalregierungen stehen an vorderster Front

Im Kampf gegen die Luftverschmutzung an vorderster Front stehen die Lokalregierungen und die lokalen Umweltbüros. Sie müssen Strategien für die Umsetzung der nationalen Ziele entwickeln und werden anhand ihres Umsetzungserfolges be-

wertet. Beamte, die ihren Pflichten nicht nachkommen, können degradiert oder gar entlassen werden. Beamte haben jetzt auch die Befugnis, drastisch gegen Verstöße vorzugehen, Eigentum zu beschlagnahmen, Produktionen kurzzeitig zu stoppen oder ganz stillzulegen, Medien in Kenntnis zu setzen und verantwortliche Personen bis zu 15 Tage von der Polizei in Gewahrsam nehmen zu lassen. Erstmals werden auch Organisationen, die an Umweltverträglichkeitsprüfungen, Überwachung, Wartung oder Betriebsführung beteiligt sind, in die Pflicht genommen. Sie haften bei Täuschungsversuchen nach Artikel 65 des neuen Gesetzes gesamtschuldnerisch mit den für Umweltschäden verantwortlichen Personen.

Auch NGOs haben nun offiziell das Recht, gegen Umweltsünder gerichtlich vorzugehen und Verstöße öffentlich zu machen. Dies stellt gerade für China eine bedeutende Veränderung dar.

Für andauernde Gesetzesverstöße wurden empfindliche Strafen eingeführt. Viele Industrieunternehmen hatten einmalige Strafzahlungen für Gesetzeswidrigkeiten in Kauf genommen, um so die hohen Kosten für die Installation und den Betrieb von Filteranlagen zu umgehen. Das ist nun nicht länger möglich, da sich die neue fortlaufende Strafzahlung exponentiell erhöht. Gleichzeitig wurden wirtschaftliche Anreize für Unternehmen geschaffen, die sich an gesetzliche Umweltvorgaben halten.

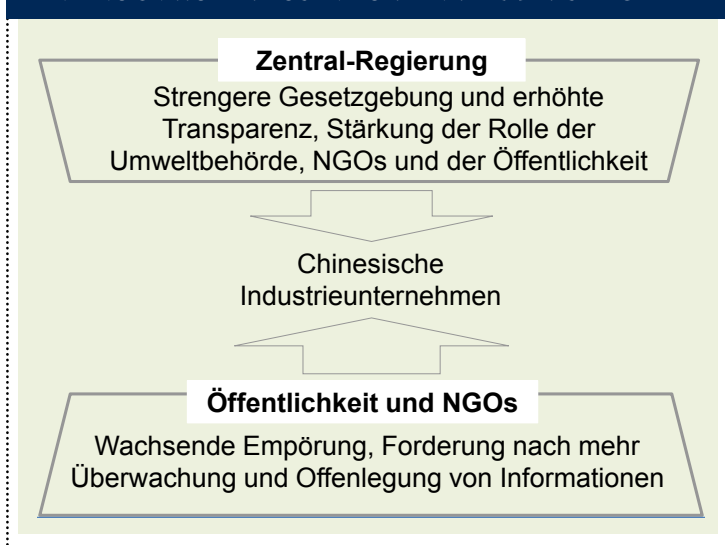
### Stolpersteine bei der Umsetzung bleiben

Das neue Umweltgesetz hat viele der vorhandenen Umsetzungsprobleme aufgegriffen und gute Voraussetzungen für eine Abhilfe geschaffen. Dennoch wird es das bestehende System nicht vollständig umkrempeln können. Experten erwarten Stolpersteine und Schlupflöcher insbesondere aufgrund folgender Aspekte:

- Der Zielkonflikt zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum innerhalb der Zentralregierung bleibt bestehen.
- Die hohen Kosten für den Einsatz von Umwelttechnologien gefährden weiterhin die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.
- Aus sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gründen kann es sich China nicht leisten, reihenweise Fabriken zu schließen.
- Mächtige, gut vernetzte Unternehmen werden Wege finden, um die Überwachung zu umgehen.
- Überwachungsausfälle und Personalmangel werden es Unternehmen weiterhin ermöglichen, falsche Daten zu veröffentlichen oder Inspektionen zu umgehen.
- Da viele der Normen und Vorschriften, Rechtsfolgen und Verbindlichkeiten noch nicht eindeutig definiert wurden, sind sie offen für individuelle Interpretationen.
- Kosteneinsparung und Protektionismus begünstigen den Einsatz von Umwelttechnologien mit mangelnder Wirkung.

Dennoch wird das neue Umweltschutzgesetz Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen und Behörden mehr

## DER DRUCK AUF INDUSTRIEUNTERNEHMEN STEIGT



Transparenz sowie effektivere Maßnahmen abverlangen. Die Nachfrage nach Umwelttechnologien in China wird daher in den kommenden Jahren merklich steigen. Mit der richtigen Strategie und fundierten Marktinformationen haben deutsche Unternehmen gute Chancen, hier mit Umwelttechnologien auf dem Markt zu punkten. Hauptabnehmer solcher Technologien sind derzeit

- lokale Kommunen, die auf modernere Technologien für Recycling- und Kläranlagen und Müllverarbeitung umstellen müssen,
- Demonstrations- bzw. Prestigeprojekte, die von der Zentralregierung oder von Großstädten wie Beijing und Shanghai mit einem hohen Anspruch an Qualität und entsprechenden Subventionen vorangetrieben werden,
- internationale Firmen, die mit ihren Produktionsstätten in China nicht nur den globalen Nachhaltigkeitszielen und westlichen Umweltstandards gerecht werden müssen, sondern als Wettbewerber lokaler Unternehmen unter strengerer Überwachung durch die Lokalbehörden stehen, sowie
- große Staatsunternehmen, die von der Zentralregierung in Schlüsselindustrien subventioniert werden und deshalb im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

Ein durchschlagender Markterfolg gelingt nur, wenn deutsche Unternehmen mit hinreichendem Marktwissen konkurrenzfähige, technisch kundenorientierte und ganzheitliche Lösungen in den richtigen Industrien und Projekten anbieten. Nur so können sie in Zukunft von Chinas neuer Umweltgesetzgebung profitieren und die Industrie darin unterstützen, den Schadstoffausstoß in den nächsten Jahren zu reduzieren. ❧